

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 70 (1990)
Heft: 1

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blickpunkte

Ein Jahreswechsel zwischen Hoffen und Bangen

«Die Jahre folgen sich, aber sie gleichen sich nicht.» Selten noch stimmte diese Redensart in Friedenszeiten so sehr mit dem allgemeinen Empfinden überein, wie es an diesem Jahresende der Fall ist. Der Hauptgrund liegt in den Ereignissen in Osteuropa. Wer hätte dies vor Jahresfrist gedacht, ohne sich selbst sofort als fahrlässigen Tagträumer zur Ordnung zu rufen: Der ganze osteuropäische Satellitengürtel ist der jahrzehntelangen totalitären Allgewalt der kommunistischen Apparate völlig entglitten. Und dies — von wenigen blutigen Konterschlägen nervöser Sicherheitskräfte abgesehen — ohne Ausschreitungen, ohne unkontrollierte Rache- und Beutezüge. Das zeugt von einer Disziplin der Oppositionsbewegungen, die nicht einfach spontan befohlen werden konnte, sondern in tieferen, in langen Jahren hartnäckigen Ringens um etwas freieren Atem erwachsenen Schichten gründet.

Angesichts dieser wahrhaft epochalen Ereignisse erfüllt uns zunächst ganz einfach tiefe Freude — aber auch tiefe Genugtuung darüber, dass die lange für unmöglich gehaltene Sprengung totalitärer Fesseln auf friedlichem Wege sich nun doch als realisierbar erwiesen hat. Beides, Freude und Genugtuung, ist aber vom Schatten der Sorge durchwirkt, ob die stürmische Entwicklung nicht letzten Endes doch wieder in Sackgassen führen könnte. Denn die neuen Führungsschichten dieser Länder stehen vor ungeheuren Problemen, bei deren Bewältigung Know-how und

Erfahrung in einem Ausmass nötig wären, über das sie ganz einfach nicht verfügen. Auf der anderen Seite ist der Erwartungsdruck ungeheuer, und die Zeit eilt.

Unter diesen Umständen sieht sich auch Westeuropa völlig unerwartet einer neuen gewaltigen Herausforderung gegenüber. Es ist zur Hilfe aufgerufen, die aber nicht politisch bedingungslos und auch nicht nur rein materieller Art sein kann. Darüber hinaus hat sie in einem weltpolitischen Kontext zu erfolgen, der seinerseits alle Anzeichen extremer Labilität aufweist, weil im Grunde niemand eine klare Prognose über die realen Reformchancen Russlands abgeben kann. Was immer aber in Moskau passieren wird, dürfte auch weiterhin im Positiven wie im Negativen zu unabsehbaren Kettenreaktionen führen.

Angesichts dieser Lage kommt der Stabilität und Handlungsfähigkeit Westeuropas ein Stellenwert zu, der alle bisherigen Dimensionen sprengt. Ob nun mit der Öffnung des Ostblocks die «Stunde Europas» schlägt oder nicht — es besteht so oder so ein gewaltiger europa- und weltpolitischer «Handlungsbedarf», dessen Bewältigung zudem die vorausgehende Bereinigung verschiedener «Denkdefizite» zur Voraussetzung hätte. Und hier nun kommt man nicht um die Feststellung herum, dass sich EG- und EFTA-Europa ausgerechnet in einem Moment mit der neuen dramatischen Herausforderung konfrontiert sehen, da dessen Struktu-

ren ihrerseits in einen dynamischen Prozess hineingeraten sind, der in seinem Ausmass noch vor Jahresfrist unvorstellbar schien.

Dass dieser Prozess in den letzten Monaten von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurde, ist angesichts der immer neuen Sensationsmeldungen aus Osteuropa und anderen Teilen der Welt nur zu verständlich. Gerade in diesem Nichtwahrnehmen liegt aber eine Gefahr, die vor allem im Hinblick auf unser Land äusserst bedenklich stimmen muss. Denn was sich gegenwärtig innerhalb der EFTA sowie zwischen ihr und der EG abspielt, ist nichts mehr und nichts weniger als eine Umstrukturierung mit verstärkter supranationaler Ausrichtung, deren Rückkoppelungen auf das politische System der Schweiz sich zu einer ernsthaften innenpolitischen Belastungsprobe mit grosser staatspolitischer Tragweite zu entwickeln scheinen.

Es stellt sich die Frage, wie unser Volk mit der sich abzeichnenden «Schocktherapie» fertig werden kann. Verzicht auf die bisherige volle Handlungsfreiheit im wirtschafts- und rechts-politischen Bereich oder aber gefährliche Isolierung — das scheint zur recht ungemütlichen Gretchenfrage zu werden. Um hier die optimalen Antworten zu finden, bedarf es einer raschen Schliessung der innenpolitischen Reihen. Auf eine Phase vielfältiger Konfrontationen und Verunglimpfungen, bei denen das böse Wort von der Staatskrise bis zum Überfluss zelebriert wurde, sollte eine Neubesinnung auf die politische und ethische Substanz dieses Gemeinwesens folgen — jene Substanz, aus der es von jeher gelebt und sich weiterentwickelt hat und die ja trotz allem Malaise und allen Verwischungen der Konturen in der jüngsten Vergangenheit nicht einfach spurlos verschwunden sein kann.

Richard Reich

Ein Geschenk an die Banken?

In der Finanzpolitik, insbesondere natürlich in der Steuerpolitik, wird bisweilen mit harten Bandagen bzw. mit einer wenig wählerischen Ausdrucksweise gekämpft. Schliesslich geht es um *Geld*, um die Frage, wer wieviel an die Finanzierung von Staatsaufgaben beizutragen hat, wie die Einkommensverteilung und die Einkommensumverteilung auszusehen hat. Kein Grund also, in diesem Bereich jedes Wort auf die Goldwaage zu legen. Es gibt jedoch auch eine Sprachregelung, die mit fal-

schen Karten spielt, die sich nicht scheut, mit *Täuschung* zu arbeiten. Dazu gehört beispielsweise das Wort vom «*Steuergeschenk*», das die Eidgenössischen Räte mit der Redimensionierung der Stempelsteuer an die Banken gemacht haben sollen. Geht es tatsächlich um ein «*Steuergeschenk*» an die Banken? Oder verfolgt diese Formel nicht vielmehr die Absicht, mit einem falschen, aber süffisanten Argument gegen ein fiskalisches Vorgehen zu Felde zu ziehen, mit dem bei einem

unkritischen Publikum leicht Emotionen geweckt und billige Popularität eingehemst werden kann?

Im juristischen Jargon handelt es sich bei der Stempelsteuer um eine Rechtsverkehrssteuer auf Ausgaben von inländischen Wertpapieren und auf dem Umsatz von inländischen und ausländischen Wertpapieren. Die Ökonomen sprechen in diesem Zusammenhang von einer *Kapitalumsatzsteuer* bzw. von einer indirekten Steuer, die von den Banken erhoben, aber von den *Bankkunden* getragen werden muss. Das Parlament hat damit, wenn schon, ein Geschenk an die Bankkunden, nicht jedoch an die Banken gemacht, wenn die eher gewagte Diktion gebraucht werden soll, eine Ausgabensenkung bei der Inanspruchnahme bestimmter Dienstleistungen als ein «Geschenk» zu bezeichnen.

Finanzminister haben — und dies nicht nur in der Eidgenossenschaft — die Neigung, die Einnahmequellen, über die sie verfügen, ohne Rücksicht auf Verluste mit Klauen und Zähnen zu verteidigen. Und dies merkwürdigweise auch dann, wenn sie damit das Steuersubstrat *schädigen*, das ihnen die goldenen Eier liefert, wenn also das Steuersubstrat zufolge der auf dem inländischen Kapitalmarkt vergleichsweise zum Ausland schlechteren Bedingungen ins Ausland abzuwandern beginnt. Dies nennen die Ökonomen eine *statische Betrachtungsweise*,

die, weil sie nicht um die nächste Hauscke zu blicken vermag, partiell blind ist. Und diese Blindheit wird zur holzköpfigen Unnachgiebigkeit, wenn der Finanzminister jene, die ins Ausland abwandern, mit der tiefsinnigen Bemerkung begleitet: «... *dann sollen sie doch.*» Als Qualifikationsausweis höherer Ordnung kann dies wohl nicht bezeichnet werden.

Menschen haben in ihrem wirtschaftlichen Verhalten normalerweise die Eigenschaft, und dies nicht nur bei Kapitalmarktransaktionen, ein Gut oder eine Dienstleistung dort einzukaufen, wo sie *billiger* zu haben ist. In diesem Sinne *rationales Verhalten*, das keine Spezialität der Kapitalmärkte ist, muss als *das Schmiermittel* verstanden werden, das die marktwirtschaftliche Funktionalität dynamisch und leistungsbezogen macht und von der schliesslich die Gesellschaft, auch der Fiskus, insgesamt *Nutzen* zieht. Der Misserfolg der sozialistischen Wirtschaften, der heute mit einer kaum zu überbietbaren Dramatik offenbar wird, ist letztlich darauf zurückzuführen, dass sie keine rationale Entscheidung zulässt. Ist es so schwierig, dies einzusehen? Wer in diesem Zusammenhang von «Geschenken an die Banken» faselt, hat entweder keine Ahnung von der marktwirtschaftlichen Funktionalität oder muss sich den Vorwurf gefallen lassen, wider besseres Wissen politisch gezielte Effekthascherei zu betreiben.

Willy Linder

Schnellfäule und die Folgen

Edgar Allan Poes Erzählung «*The Facts in the case of Mr. Valdemar*» berichtet von einem Sterbenden, der einem Experiment der Magnetisierung zustimmt und nach seinem Tod, den er «mit einer Stimme, die beschreiben zu wollen Wahnsinn wäre» meldet, sieben Monate unverändert liegt. Als er endlich mit magnetischen Strichen geweckt wird, «brach plötzlich in weniger als einer Minute sein ganzer Körper zusammen — zerbröckelte, verwesete vollständig unter meinen Händen. Und auf dem Bett, vor den Augen der Anwesenden, lag eine fast flüssige, in ekelhafte Fäulnis übergegangene Masse.»

Der plötzliche Zusammenbruch der gesamten Führung der SED im Ge- stank der enthüllten Privilegien und Korruption erinnert an dieses «Erwa-

«In der DDR führen die Bürger einen Freiheitskampf. In der Bundesrepublik aber findet sich plötzlich eine Anzahl Kritikaster, die das Wort Freiheit in Anführungszeichen setzt, so wie unlängst noch die Springer-Presse mit dem Kürzel DDR verfuhr (...) Sind diejenigen, die jetzt an ihren Bier- tischen die ertrotzten Freiheiten nicht oder nur halbwegs gelten lassen wollen, von Blindheit geschlagen? Sie verulken den Herzenswunsch, einen VW Golf statt eines Trabis zu fahren und auf der Autobahn zu rasen. Auf Vorschuss verachten sie die DDR-Nachbarn, die dem bundesdeutschen Konsumrausch erliegen werden. Letztlich möchten sie den Landsleuten drüben eine ganz andere Freiheit verpassen als jene, die sie selber haben und offensichtlich geniesen.»

Roger de Weck in:
«Die Zeit», 24.11.1989

chen» von Mr. Valdemar. Vielleicht doktrinär fehlgeleitete, aber ehrliche Überzeugung wurde in der Bundesrepublik und anderswo Erich Honecker und seinen Gefährten ziemlich allgemein zugebilligt. Mochte ihre Wirtschaftspolitik, besonders nach dem kontraproduktiven Zusammenschluss mittlerer Betriebe zu bürokratisch verwalteten Grosskonzernen kritisiert werden, die Überzeugung, das Beste zu wollen, wurde der Führung von den Sozialdemokraten bis zu Franz Josef Strauss zuerkannt.

In Leipzig, Budapest, Prag, Warschau und Sofia werden, unter jeweils verschiedenen Umständen, regierende Kommunisten von Hundertausenden, die sich auch in bitterster Kälte und bisher gewaltlos sammeln, zum Rücktritt gezwungen — ein abtretendes *ancien régime*. Sie hatten ohne Gegengewichte, ohne Kontrolle alles in den Händen und geben — so scheint es — alles auf, opfern kompromittierte Personen und massive Teile ihrer Ideologie. Das wurde im Westen nicht erwartet und schafft Verlegenheit, weil man an eine stets weggewünschte Lage eben doch gewöhnt und nicht auf die ganz neuen Probleme vorbereitet war.

Allmähliche Lockerung, nicht Zusammenbruch wurde vorausgesehen; noch nach dem Kollaps mögen manche bedeutende bundesdeutsche Historiker, Schriftsteller, Publizisten ihn nicht zur Kenntnis nehmen. Sie rufen die Menschen der DDR auf, ihrer «Utopie» trotz gravierender Fehlentwicklungen die Treue zu halten oder setzen gar voraus, dass trotz der anhaltenden Abwanderung von Tausenden in die Bundesrepublik dieses Gegen-

bild für sie weniger zähle als ihr Stolz auf die eigene DDR-Identität und ihre Sehnsucht nach einem von Auswüchsen gereinigten Sozialismus.

Mögen Erfahrene wie Günter Kunert sich gegen diesen Wunschtraum wehren — es wird nicht beachtet. «*Nationale Bekundungen fehlten fast ganz, soweit sie versucht wurden, gingen sie ins Leere*», schreibt der Althistoriker Christian Meier in der «*Frankfurter Allgemeinen Zeitung*» vom 23. November und weiter, dass «*dem Verfassungspatriotismus der Bundesrepublik die identitätsverbürgende Rolle des Sozialismus in der DDR korrespondiert*». Schliesslich «*müsste der Gedanke des Sozialismus, der so viel Schönes an sich hat, Anziehungskraft entfalten*».

Dass in den Städten der DDR nicht mehr der Ruf ertönt «*Wir sind das Volk*», sondern «*Wir sind ein Volk*», wird überhört; es wird an der Legende gearbeitet, Bonn hege grossdeutsche Absichten und wolle sie dem Volk als Bedingung für Wirtschaftshilfe aufzwingen. Dabei kommt der Wille zum Zusammenschluss durchaus von drüben, nicht von hüben.

«Niemand verlangt von der DDR, dass sie eine Kopie der Bundesrepublik wird. Aber wenn der zweite deutsche Staat ernstlich eine attraktive Alternative darstellen und dafür westliche Hilfe einfordern will, dann muss die DDR aus eigenem Interesse die Planwirtschaft so schnell wie möglich aufgeben, muss sie Wirtschaft und Währung in den Markt entlassen und der Staat sich darauf beschränken, die politisch, sozial und ökologisch erwünschten Vorgaben in der Rahmengesetzgebung festzulegen.»

Robert Leicht in:
«*Die Zeit*», 24.11.1989

Vier von der Leipziger «Pfeffermühle» sitzen ziemlich ratlos im Café ihres Kabaretts. Sie sind Angestellte der Stadt, und bisher waren sie daran gewöhnt, dass öfters ein Mann mit schwarzem Aktenkoffer vorbeikam. Ihm musste das Programm vorgelegt werden, er war der Zensor. Seit dem Sturz von Honecker haben sie ihn nicht mehr gesehen. Die Freiheit ist ausgebrochen. «Künstlerisch ist das für uns ein Problem, zunächst wenigstens», sagt Kabarettist Siegfried Richter, «wir haben nie einen Namen nennen dürfen, immer nur Andeutungen gemacht. Wir müssen eine neue Form finden.» Zur eigenen Besinnung ist die «Pfeffermühle» für die nächsten vierzehn Tage geschlossen.

«*Süddeutsche Zeitung*»
25./26.11.1989

Die wahre Alternative lautet: Rinnt die DDR ganz aus, weil die Arbeiter wirkliches Geld und nicht «Ostnickel» verdienen wollen und die Utopie des endlich wahren Sozialismus verschlissen ist, oder wird der Ausblick auf eine «Verantwortungsgemeinschaft» mit der Bundesrepublik diesen Auszug stoppen, der am Ende gleichfalls die Deutschen vereinigt, aber alle in der Bundesrepublik — ein Altersheim und eine Wüste hinter sich lassend?

Alles Entsetzen über die angeblich neue Stärke eines konföderierten Deutschlands — mit weiterhin schrumpfender Bevölkerung ohne Eroberungsträume — nimmt dieser realen Alternative nichts von ihrer Dramatik. Einer Analyse, die sie nicht einbezieht, fehlt das Entscheidende.

Der schnelle Zerfall einer Führungs-garnitur — nennen wir es das «Valdemar-Syndrom» — ist nur ein Aspekt. Der andere ist die Fähigkeit kommunistischer Parteien, ihre kompromittier-

ten Führer auszustossen, an ihnen, die sie gestern rühmten, überhaupt nichts mehr gut zu finden, sie zu verhaften und zu bestrafen — und mit der unbelasteten zweiten und dritten Garnitur die Macht zu behalten.

Chruschtschow hat Stalin angeprangert und Gorbatschow hat Breschnjew alle Schuld an der «Stagnation» aufgeburdet, Ulbricht wurde seinerzeit rüde hinauskomplimentiert und jetzt Schiukow. Diese nachträgliche Verurteilung der Führer ist, bei aller «Selbstkritik», ein Manöver, keine Einkehr, beweist keine Einsicht, keine «metanoia», sondern ist die Voraussetzung, um die Macht zu behalten.

Da sich — ausser in Polen — nur ansatzweise neue politische Kräfte entwickelt haben, erleben die kommunistischen Parteien — besonders in der DDR — die «Gnade des Vakuums». Wenn sich die Kritik auf die Korruption einiger Personen konzentriert, ist sie mit der Hoffnung auf Saubere der gleichen Partei vereinbar, die den «Arbeiter- und Bauernstaat» im Entscheidenden nicht anders regieren würden. Honecker, Husak, Schiukow konnten stürzen, es besagt nichts über den Neubeginn. Deshalb ist dieses sich so schnell verändernde Ost- und Mitteleuropa noch kein Teil unserer Welt, sondern erst an der Schwelle.

François Bondy

Sprüngli

**Luxemburgerli
von Sprüngli.**

**Die unwiderstehlichen
Verführungskünstler.**

Paradeplatz · Hauptbahnhof Zürich · Bahnhofstr. 67 · Shop
Ville · Löwenplatz · Stadelhoferplatz · Bahnhof Stadelhofen ·
Glattzentrum · SC-Spreitenbach · Airport-Shopping Kloten